

**Protokoll der 13. Sitzung der  
Gemeindevertretung Waldems  
vom Dienstag, den 05.02.2013 um 19.30 Uhr  
im DGH Esch**

**Anwesend:**

|                         |                        |                     |
|-------------------------|------------------------|---------------------|
| 01. Raoul Nägele        | 14. Anke Schmidt-Hohn  |                     |
| 02. Joachim Nickel      | 15. Marianne Kristandt |                     |
| 03. Matthias Hedwig     | 16. Santosh Dönmez     |                     |
| 04. Julia Hies          | 17. Karl-Heinz Harpf   |                     |
| 05. Kai Volkmar         | 18. Norbert Schwenk    |                     |
| 06. Wiebke Volkmar      | 19. Jens Dambeck       | Entschuldigt:       |
| 07. Dr. Edmund Nickel   | 20. Helmut Volkmar     | Maren Plass         |
| 08. Klaus-Dieter Humm   | 21. Heinz Grußbach     | Jörg Kotitschke     |
| 09. Stefan Moog         |                        | Christian Schneider |
| 10. Wolfgang Ninsa      |                        | Sabine Conradi      |
| 11. Jürgen Hemming      |                        | Mustafa Dönmez      |
| 12. Wolfgang Deußenroth |                        | Barbara Düren       |
| 13. Reiner Schultheis   |                        |                     |

somit anwesend: 20, ab Punkt 4: 21

anwesend vom Gemeindevorstand:

Bürgermeister Werner Scherf  
1. Beigeordneter Markus Hies  
Beigeordneter Rolf Meister  
Beigeordneter Norbert Hönge

Entschuldigt:

Beigeordneter Titus Mertens  
Beigeordneter Bernd Heilhecker

anwesend von der Gemeindeverwaltung:

Brigitte Hörning  
Günter Krieger  
Fritz Flören

„Idsteiner Zeitung“, Frau Nicolai

sowie 13 Zuschauer

Waldems, den 05.02.2013

Zu der auf heute um 19.30 Uhr anberaumten 13. Sitzung der Gemeindevertretung sind die Mitglieder am 28.01.2013 – also mindestens 3 Tage vorher – unter Angabe von Ort und Stunde der Sitzung sowie unter Mitteilung der Tagesordnung eingeladen worden. Das Gremium war mehrheitlich erschienen, sodass der Vorsitzende Raoul Nägele

Beschlussfähigkeit feststellen konnte. Er begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass Einsprüche gegen die Einladung und die Tagesordnung nicht vorgebracht wurden.

Herr Nägele begrüßte Herrn Santosh Dönmez und Frau Julia Hies – sie sind in das Gemeindeparlament nachgerückt - und wünschte eine gute Zusammenarbeit.

Die Tagesordnung wurde – unter Protokollführung der Verwaltungsbediensteten Brigitte Hörning – wie folgt abgewickelt:

### **Tagesordnung:**

**Punkt 1**     **Betr.:**     Genehmigung und Unterzeichnung der Sitzungsniederschrift vom 14.12.2012

**Die Sitzungsniederschrift vom 14.12.2012 wurde mit 19 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich genehmigt.**

**Punkt 2**     **Betr.:**     Anfragen gemäß § 28 der Geschäftsordnung für die Gemeindevertretung

Es lagen keine Anfragen vor.

**Punkt 3**     **Betr.:**     Mitteilungen des Gemeindevorstandes

Bürgermeister Scherf berichtete über aktuelle Sachverhalte und Beschlüsse des Gemeindevorstandes:

### **Jahresrechnung 2009**

Der Gemeindevorstand hat gemäß § 113 Gemeindehaushaltsverordnung die Jahresrechnung 2009 festgestellt und wird sie demnächst dem Rechnungsprüfungsamt vorlegen. Das ordentliche Ergebnis beträgt – 734.596,00 Euro und das Jahresergebnis – 885.602,00 Euro. Die Zahlen und Informationen haben die Mandatsträger erhalten.

### **Strom, Stromnetze, Konzessionsvertrag**

In den Gremien der Gemeinde wurde lange diskutiert, ob wir die Stromnetze im Verbund mit anderen Kommunen übernehmen. Im Herbst wurde die Entscheidung getroffen, diesen Weg nicht weiter zu verfolgen und einen Konzessionsvertrag abzuschließen. Zur Vorbereitung des Abschlusses eines Konzessionsvertrages für Strom hat der GVO das Angebot des Ingenieurbüros Hinkelmann angenommen. Die Leistungen werden pauschal mit 2.000,- € zuzüglich Mehrwertsteuer vergütet.

### **Ortsumgehung B8/B275 Esch**

Diese Maßnahme ist derzeit noch im Bundesverkehrswegeplan im erweiterten Bedarf. Ziel des GVO ist es, die Maßnahme in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans, der bis 2015 überarbeitet werden soll, zu bringen.

Der Gemeindevorstand hat das Ingenieurbüro Hartwig in Wiesbaden beauftragt, die Projektanmeldung für diesen Bundesverkehrswegeplan 2015 zu erarbeiten. Im Dezember gab es eine Beschlussfassung, dass diese Maßnahme B 8/B 275 nochmal

zusammen angemeldet werden soll. Das Ingenieurbüro arbeitet mit der Verwaltung. Mit Vertretern des Ingenieurbüros haben bereits zwei Termine diesbezüglich bei Hessenmobil bzw. im Wirtschaftsministerium stattgefunden.

### **Windkraftnutzung in der Gemeinde Waldems**

Vor über einem Jahr wurde ein Arbeitskreis „Energie“ eingerichtet und die Gremien der Gemeinde haben sich in den letzten 12 – 14 Monaten mit dieser Thematik beschäftigt. In der letzten Gemeindevertreterversammlung wurde vereinbart, einen sogenannten „Letter of Intent“ mit der Süwag abzuschließen, um zu prüfen, ob unsere potentiellen Standorte wirklich geeignet sind, um wirtschaftlich Windkraftanlagen dort zu betreiben. Es wurde eine entsprechende Beschlussfassung getroffen, wobei die Süwag zwei Punkte nicht akzeptiert hat. Es geht zum Einen um das avifaunistische Gutachten, das erstellt werden sollte und zum Anderen um die Vorlage der Ergebnisse bis zum 2. Quartal 2014, um dann ggf. einen BlmSCH-Antrag (BlmSCH = Bundes-Immissionsschutz-Gesetz) stellen zu können. Das hat die Süwag nicht akzeptiert. Das Ganze wurde ausführlich im Arbeitskreis „Energie“ diskutiert. Es war angedacht, dies nochmal gemeinsam im Rahmen der Haushaltsberatungen zu diskutieren; leider wurde eine solche Diskussion jedoch versäumt. Daher hat der Ältestenrat heute Abend noch kurz getagt und die weitere Vorgehensweise besprochen. Es herrschte Einvernehmen, dass der Gemeindevorstand diesen LOI – ohne die beiden von der Süwag nicht akzeptierten Punkte - ; so wie vom Gemeindevorstand bereits vorgeschlagen, unterzeichnen dürfe. Im Arbeitskreis kam der Hinweis, dass es sinnvoll wäre, dass die Süwag einen entsprechenden Zeitplan vorlegt; dies wird mit der Süwag so abgestimmt.

### **KBV, AWW „Obere Ems“, Bypasslösung, Zusammenführung der Verbände**

Im letzten Jahr wurde im Abwasserverband „Obere Ems“ und auch hier in der Gemeindevertretung mehrfach über den Zustand der Kläranlage „Obere Ems“ diskutiert. Die Frage war, ob man eine notwendige Betonsanierung vornimmt, neu baut oder die sogenannte „Bypasslösung“ favorisiert, d. h. die Abwässer vom AWW „Obere Ems“ würden zum Sammler bis nach Würges geleitet und dann in der Kläranlage des AWW „Mittlere Ems“ aufgearbeitet. Es gab hier eine entsprechende Beschlussfassung, alle übrigen Kommunen in den beiden Verbänden haben dem ebenfalls in dieser Weise zugestimmt, sodass die Maßnahme entsprechend verfolgt werden kann.

### **Städtepartnerschaften**

Ein Besuch in unserer Partnergemeinde Champsaur/Frankreich ist in der Zeit vom 09. – 12. Mai 2013 geplant.

Punkt 4      Betr.:      Haushaltsplan einschließlich Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2013

Bürgermeister **Scherf** berichtete seitens des Gemeindevorstandes und gab einen kurzen Rückblick auf das vergangene Haushaltsjahr 2012. Derzeit ist es noch nicht möglich, ein Ergebnis für das Haushaltsjahr 2012 vorzulegen. Allerdings wird das geplante Defizit aller Voraussicht nach überschritten werden.

Des Weiteren führte Bürgermeister Scherf Folgendes aus:

Auch der Haushalt 2013 kann nicht ausgeglichen gestaltet werden. Nach der Haushaltsberatung in den Ausschüssen weist der diesjährige Haushalt im Ergebnishaushalt im ordentlichen Ergebnis ein Defizit von 355.705,00 Euro aus. Obwohl sich die Einnahmen in diesem Jahr wohl stabilisieren, sind die Kommunen weiterhin chronisch unterfinanziert. An dieser Stelle wies er darauf hin – wie bereits in

den vergangenen Jahren - , dass die Kommunen strukturell unterfinanziert sind und dass sich immer wieder politische Entscheidungen auf Bundes- oder Landesebene direkt oder indirekt auf die Gemeindefinanzen auswirken. Als Beispiel nannte er den Kiga-Bereich. Die kommunale Selbstverwaltung sei gerade noch möglich, bei weiteren finanziellen Einschränkungen sei sie fast nicht mehr möglich. Er sprach auch die angedachte KFA-Reform sowie die Schutzschirmkommunen, deren Handlungsspielräume sehr eingeschränkt sind, an.

Auch freiwillige Leistungen einzustellen könnte unseren Haushalt nicht stabilisieren. Gelder für investive Strukturmaßnahmen nicht in die Hand zu nehmen verbiete allein schon unsere geographische Lage zwischen den Zentren Idstein und Bad Camberg. Wir müssen Waldems als Wohnstandort attraktiv halten und weiter entwickeln.

Als wichtige Themen für die Gemeinde Waldems nannte er z. B. den Kindergartenbereich. Hier seien in den letzten Jahren die Schaffung von Krippenplätzen und Plätzen für unter 3jährige, weitere Angebote zeitlicher Art, zusätzliches Mittagessen sowie die Änderung der Öffnungszeiten erfolgt. Dies alles hat natürlich finanzielle Mittel beansprucht bzw. wird sie noch weiter beanspruchen und führt natürlich in diesem Bereich zu einem finanziellen Defizit. Dies ist jedoch für die Infrastrukturverbesserung notwendig und wichtig.

Bezüglich des Öffentlichen Personennahverkehrs sind wir ganz gut aufgestellt seit der Umstrukturierung im Jahre 2007. Der Vertrag läuft seines Wissens 2014 aus, es muss dann neu ausgeschrieben werden. Das Ganze liegt jedoch dann allerdings nicht mehr in unserer Hand, weil der Kreis diese Aufgabe übernommen hat.

Für die Grundversorgung (Wasser, Kanal, Straße) werden weiterhin Mittel investiert. Mit Blick auf das Kanalsanierungsprogramm erwähnte Bürgermeister Scherf, dass dies sehr kostenintensiv sei. Das Kanalsanierungsprogramm werde sukzessiv abgearbeitet und so werden auch in diesem Jahr wieder Maßnahmen, z. B. in Reichenbach, Niederems und Wüstems, mit einem Volumen von ca. 1.000.000,00 Euro vorgenommen (das Gesamtvolumen des Kanalsanierungsprogramms beträgt etwa 5.000.000,00 Euro).

Bezüglich der Wasserversorgung sprach Bürgermeister Scherf kritisch die auf EU-Ebene angedachte Privatisierung an. Im Bereich der Wasserversorgung sind in diesem Jahr ca. 250.000,00 Euro Ausgaben geplant.

Wir haben Liegenschaften, um ein reges Vereinsleben zu ermöglichen. Auch dies gibt es natürlich nicht zum Nulltarif. Auch hier haben wir hohe Defizite.

Die Ortskerne sollten erhalten werden. Auch die Ortsumgehung Esch ist ein wichtiger Punkt der zukünftigen Entwicklung, näheres hat er im Bericht des Gemeindevorstandes bereits mitgeteilt.

Am Schluss seines Berichtes bedankte er sich bei allen Parlamentariern, die sich im Vorfeld bereits in Klausurtagungen und der gemeinsamen Ausschusssitzung mit dem Haushalt 2013 beschäftigt haben.

Herr **Humm** berichtete aus der gemeinsamen Sitzung der Ausschüsse zum Haushalt 2013. Die Ausschüsse hätten sich in ihrer gemeinsamen Sitzung – anwesend waren vom HFA 7 Mitglieder und vom UBPA 6 Mitglieder - mit dem Haushalt intensiv und konstruktiv beschäftigt. Herr Humm bedankte sich beim Gemeindevorstand und der Verwaltung für die gute Vorarbeit. Zunächst habe man den doppelischen Produktplan behandelt. Zu 20 Produkten wurden Änderungen vorgenommen, die teilweise aus den Fraktionen oder der Verwaltung kamen. Die Veränderungen im Plan reduzierten das Haushaltsdefizit von anfangs rund 484.000,00 Euro auf 356.000,00 Euro. Im Rahmen der Aussprache zur mittelfristigen Finanzplanung wurden außerdem die Positionen „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“ von 1.660.000,00 Euro einstimmig auf 1.635.000,00 Euro reduziert. Dies fließt logischerweise noch nicht so in den Haushalt ein. Sollte diese Reduzierung eingehalten werden, so würde das Defizit um weitere

25.000,00 Euro auf 331.000,00 Euro reduziert werden können. Insgesamt wäre das dann eine Reduktion von 153.000,00 Euro.

Nach dem Produktplan wurde der Stellenplan ausführlich besprochen. Folgender Beschluss wurde gefasst: Dem Stellenplan einschließlich einer für 2013 weiter geltenden Stellenbesetzungssperre mit Ausnahme der Stelle, die als Stelle einer/s Auszubildenden vorgesehen ist, wurde mit 12 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme entsprochen und wird dem Gemeindeparlament zur gleichlautenden Beschlussfassung empfohlen.

Danach wurde das Haushaltssicherungskonzept zum Haushalt 2013 besprochen. Es wurde einvernehmlich zum Stichwort „Bauhof“ eine Änderung vorgenommen. Hier hieß es alt: Kurzfristige Einsparpotentiale durch eine derzeit stattgefunden Verrentung eines Mitarbeiters und einer Stellenbesetzungssperre von 6 Monaten werden jedoch genutzt. Hier wurde als neue Formulierung gefasst: Kurzfristige Einsparpotentiale durch die Stellenbesetzungssperre werden jedoch genutzt. Auch unter dem Stichwort „Rathaus“ wurde eine neue Formulierung eingebracht. Es heißt jetzt: Personelle Kontinuität und sachgerechte Aufgabenerfüllung erfordern Einarbeitungszeit neuer Beschäftigter und damit eventuell zeitweise auftretende Personalkostensteigerung. Aufgrund dessen ist der Gemeindevorstand aufgefordert, ein Personalentwicklungskonzept vorzulegen mit dem Ziel, Personalkosten einzusparen. Desweiteren wurde bestätigt, dass die „Interkommunale Zusammenarbeit“ weiter verstärkt werden soll, um Einsparungen zu erreichen. Vor dem Fazit im Haushaltssicherungskonzept werden folgende neue Stichworte eingefügt: Hier gab es einen Antrag der FWG-Fraktion zum neuen Kommunalen Abgabengesetz. Unter diesem Stichwort soll folgender Text eingefügt werden: Die Gemeinde prüft das neue KAG auf nachhaltige finanzielle Entlastungsmöglichkeiten für den Ergebnishaushalt, z. B. bei der Erhebung der Straßenbeiträge. Ein Antrag der Fraktionsgemeinschaft „Bündnis 90/Die Grünen/FDP/Bürgerliste Waldems“ sah einen weiteren Punkt vor und zwar „Weitere Abgaben und Steuern“. Hier heißt es: Die Gemeinde prüft die Einführung weiterer Abgaben und Steuern. Hierzu kam es zu getrennten Abstimmungen im HFA und im UBPA. Die Abstimmung zum KAG wurde im HFA mit 4 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung beschlossen, im UBPA mit 3 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen jedoch abgelehnt. Die Abstimmung zum Punkt „Weitere Abgaben und Steuern“ wurde im HFA mit 5 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung bestätigt, im UBPA mit 3 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen jedoch nicht bestätigt. Dann kam es zur Abstimmung des Haushaltssicherungskonzeptes insgesamt. Unter Einbeziehung der vom HFA gewollten Veränderungen sprach sich der HFA mit 4 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung für das Haushaltssicherungskonzept aus. Bei Nichtberücksichtigung der vom UBPA abgelehnten Veränderungen (der beiden vor dem Fazit angedachten Punkte: KAG und Weitere Abgaben und Steuern) sprach sich der UBPA mit 6 Ja-Stimmen für die Annahme des Haushaltssicherungskonzeptes aus. Wir haben also heute zwei Haushaltssicherungskonzepte zur Abstimmung.

Weitere Abstimmungen gab es zum Produktplan. Hier wurde mit 7 Ja-Stimmen im HFA und 6 Ja-Stimmen im UBPA dem Produktplan insgesamt mit den vorgenommenen Änderungen zugestimmt.

Die Haushaltssatzung wurde sowohl im HFA als auch im UBPA jeweils einstimmig (HFA – 7 Ja-Stimmen; UBPA – 6 Ja-Stimmen) in der nun vorliegenden Fassung unter Einbeziehung der Änderungen zugestimmt. Die Mitglieder des UBPA und des HFA empfehlen dem Gemeindeparlament gleichlautende Beschlussfassung.

Herr Nägele bedankte sich bei Herrn Humm und erläuterte, dass die Beschlussfassung des Haushalts in der Form der Ausschüsse erfolgen werde. Lediglich das Haushaltssicherungskonzept sei eine Ausnahme – hier liegen zwei verschiedene Vorschläge vor (HFA und UBPA). Das bedeute für die Fraktionen und potentielle

Antragsteller, dass es nur noch notwendig ist, zusätzliche Anträge zu stellen, wenn man mit den Ergebnissen der Ausschussberatungen nicht zufrieden sei.

Herr Nickel von der CDU-Fraktion verwies darauf, dass der Haushalt 2013 ebenso wie der Haushalt 2012 ein sattes Minus aufweisen werde. Der Spielraum der Gemeinde sei bei einem Defizit von 356.000,00 Euro nicht sehr groß. So seien letzten Endes auch nur wenige Punkte geblieben, über die es intensivere Beratungen während der Haushaltssitzung von HFA und UBPA gab. Traditionell führte das Minus im Kindergartenbereich mit etwa 750.000,00 Euro die Liste der defizitären Bereiche an. Der vom Gemeindevorstand vorgenommenen Streichung des Kindergartentransportes habe die CDU-Fraktion mit gemischten Gefühlen zugestimmt. Mit Blick auf das konkurrierende statische Busangebot mit einer Fahrzeit morgens und mittags gegenüber den neuen angebotenen flexiblen Öffnungszeiten habe man diese Entscheidung jedoch mitgetragen. Durchschnittlich wurde das Angebot auch von nur wenigen Kindern genutzt. Zwei weitere Themen, auf die er verwies, waren zum einen das Friedhofs-/Bestattungswesen, das trotz Gebührenanpassung ein sattes Minus von etwa 170.000,00 Euro aufweist und zum anderen der Bereich „Sicherheit und Ordnung“ mit Verkehrslenkung, Verkehrssicherung und Verkehrsüberwachung mit einem Minus von ca. 50.000,00 Euro. Beim Friedhofswesen falle der immense Aufwand, der zur Pflege und Erhaltung der Friedhöfe anfalle, ins Auge. Aufgrund der Bestattungsart weg vom Reihengrab zum Rasenfeld- oder Urnengrab werde weniger Belegungsfläche benötigt. Hier müsse eine neu überdachte Belegungsplanung einsetzen, um eine Reduzierung der Flächen anzustreben. Ein Antrag hierzu werde seitens der CDU-Fraktion demnächst vorgelegt. Beim Thema Sicherheit und Ordnung müsse man ebenso ansetzen. Es sei nicht hinzunehmen, dass man es nicht schaffe, bei einem Defizit von ca. 50.000,00 Euro an sicherheitsrelevanten Stellen zu sinnvollen Zeiten Radarmessungen durchzuführen. Hohe Kosten und niedrige Einnahmen flankierten nicht ausreichende Sicherung der markanten Stellen an Ortseingängen und Bushaltestellen. Eine Überwachung des ruhenden Verkehrs zur Sicherstellung von Rettungswegen bzw. Anfahrt der Rettungskräfte ist mangels Ressourcen kaum durchführbar. Hier könnten fest installierte Blitzanlagen im Betreibermodell Kosten sparen und vor allem die Sicherheit erhöhen. Ein Antrag der CDU-Fraktion hierzu befindet sich bereits auf der heutigen Tagesordnung. Das Haushaltssicherungskonzept in der vorliegenden Form sehe die CDU-Fraktion als vollkommen ausreichend an. Unzureichende Steuerzuweisungen bzw. stetige Erhöhung von Umlagen führen zu einem fast aussichtslosen Unterfangen, die kommenden Haushalte auszugleichen. Selbst die Erhöhung der Abgaben in der Hoheit der Gemeinde führen hier zu keinem positiven Ausblick. Seine Fraktion lehne es ab, Überlegungen mit ins Haushaltssicherungskonzept aufzunehmen, die eine dramatische Kostenbelastung einzelner Bürger bedeuten. Die von der FWG-Fraktion angedachte Prüfung wiederkehrender Straßenbeiträge bei umfangreicher Straßensanierung wolle man nicht durch Aufnahme in das Haushaltssicherungskonzept manifestieren. Fazit sei, dass solange sich am Verteilersystem der Steuereinnahmen nichts spürbar zum Besseren wendet, sich an der prekären Lage vieler kommunaler Haushalte nichts ändern werde. Seitens der Verbände wie Städte- und Gemeindebund müsse verstärkt Druck ausgeübt werden, um Konzepte zur Entlastung der Kommunen zu erwirken. Alle Standards, Regelungen und Vorschriften müssten auf den Prüfstand. Nur so könnten die geforderten Haushaltssicherungskonzepte sinnvoll gestaltet werden. Die in der gemeinsamen Ausschusssitzung angestrebte Sondersitzung des HFA zur Festlegung von Detailinformationen einzelner Haushaltsbereiche, wie z. B. Energie- und Stromkosten, Personalschlüssel oder Arbeitsschwerpunkte des Bauhofes wird seitens der CDU-Fraktion unterstützt. Wir sollten beim Machbaren bleiben und die Messlatte nicht in unkalkulierbare Höhen legen.

Herr Dr. Nickel von der SPD-Fraktion erläuterte, im Wesentlichen habe man in der Gemeinde zwei Quellen von Einnahmen. Zu einen seien dies Mittel von außen (Bund und Land), die uns durch Schlüsselzuweisungen und Anteile an der Einkommensteuer zufließen, zum anderen durch unsere eigenen Steuern, z. B. die Gewerbesteuer, die Grundsteuer oder auch die Hundesteuer. Die Gebührenhaushalte, wo das Ziel sei, sie ausgeglichen zu gestalten, möchte er mal außen vor lassen, um diese Thematik nicht zu komplex werden zu lassen. An eigenen Steuern, die wir beeinflussen können, haben wir 2007 1.204.000,00 Euro, 2012 1.461.000,00 Euro eingenommen (ein Plus von 257.000,00 Euro oder 21,3 %). Der andere Part – die Zuflüsse von außen – sieht folgendermaßen aus: 2007 3.846.000,00 Euro, 2012 3.607.000,00 Euro (ein Minus von 239.000,00 Euro). Wenn man dies mit unseren Mehreinnahmenbemühungen vergleicht, entsteht dadurch ein Patt. Der zweite Teil – die Zuflüsse von außen ist jedoch auch mit Umlagen gespickt, die wir zu leisten haben. Umlagen für Schule, Kreis usw. 2007 waren dies 2.380.000,00 Euro, 2012 2.997.000,00 Euro. Also während wir von außen 239.000,00 Euro weniger bekommen haben in diesem Zeitraum, mussten wir von dem weniger Erhaltenen 617.000,00 Euro mehr abführen. Die Wirkung von außen auf unseren Haushalt sind also 239.000,00 Euro weniger an Einnahmen plus 617.000,00 Euro mehr an Umlagen, also 856.000,00 Euro. In Bezug auf die Gesamteinnahmen des Haushalts von 5.000.000,00 Euro 17 %. Damit ist die ganze Situation hinreichend beschrieben. Solange diese Situation so weitergeht, ist es schwierig, Kommunalpolitik hier zu betreiben. Diese Dimension sei ihm bewusst geworden, als Landrat Albers erklärte, dass der Rheingau-Taunus-Kreis, der unter den Schutzschirm geflüchtet ist, letztlich dadurch davon ausgeht, dass ihm 118.000.000,00 Euro Schulden abgenommen werden. Durch die Umverteilung im kommunalen Finanzausgleich gehen dem Rheingau-Taunus-Kreis jedoch 180.000.000,00 Euro verloren. Würde sich der Kreis nicht unter den Rettungsschirm flüchten, wären die 180.000.000,00 Euro auch weg, die 118.000.000,00 Euro Schulden würden jedoch nicht erlassen. Wir in Waldems sind in dieser letztgenannten Situation. Da wir nicht unter dem Rettungsschirm sind und uns dies auch nicht angeboten wurde, fließen uns aus diesem Paket auch keine Gelder zu. Mit dem uns immer weniger zur Verfügung stehenden Geld machen wir viele Dinge, die uns von außen vorgegeben werden, z. B. im Kanalsanierungsprogramm (Volumen etwa 5.000.000,00 Euro/über mehrere Jahre verteilt). Über die Mittel, die dann noch zur Verfügung stehen, können wir nachhaltig in die Zukunftsfähigkeit unserer Gemeinde zu investieren, z. B. in die Kinderbetreuung. Hier tun wir sehr viel. Wir erlauben uns einen Zuschuss von 780.000,00 Euro, insgesamt haben wir hier einen Kostendeckungsgrad von weniger als 20 % erreicht. Zielsetzung war ursprünglich, 1/3 (33%) Kostendeckung zu erreichen. Dies war eine gemeinsame Entscheidung, um auch junge Familien hier anzusiedeln, zwar eine hohe Investition, jedoch auch sehr sinnvoll. Weiter ist es wichtig, die Stärkung unserer Gemeinschaft und die Lebensqualität in den Ortsteilen abzusichern, durch die Erhaltung der Dorfgemeinschaftshäuser, der Feuerwehren, der Grünflächen, der Sporteinrichtungen und einiges mehr. Bisher ist es unsere überwiegend gemeinsam getragene Auffassung zu sagen, Infrastruktureinrichtungen müssen in jedem Ortsteil sein und erhalten werden. Auch wenn dies in manchen Bereichen teuer ist, fehle ihm dennoch die Phantasie zu glauben, dass man das zentralisieren könnte und sollte. Weiterhin ist es wichtig, die Stärkung des gemeinnützigen Engagements der Bürger zu erhalten, dass sich viele für die Gemeinschaft des Dorfes engagieren, ihre Ideen einbringen, damit Lebendigkeit und Vielfalt erhalten bleibt. Hier werde einiges getan, jedoch nicht übertrieben. Er zitierte in diesem Zusammenhang aus der Genehmigung des Landrats für den letzten Haushalt: „Die Aufwendungen für die Sport- und Vereinsförderung sowie die Fraktionsmittel liegen jeweils unter den maßgeblichen Beantragungsgrenzen.“ Also hier gehen wir sparsam mit um, jedoch seine Fraktion denke, dass wir hier nicht noch mehr einsparen sollten. Ein weiterer Punkt, den wir in den Fokus gestellt haben und der viel finanzielle Mittel

erfordert, ist die Sicherstellung zweier Ortsteile mit DSL. Dies sind Standortfaktoren, die unabdingbar sind. 355.000,00 Euro bleiben letztendlich als Defizit – dies sind in Bezug auf die 9.000.000,00 Euro, die das Haushaltsvolumen ausmacht - etwa 3 %. Mit dieser Unterdeckung zählen wir zu den Glücklichen, natürlich ist es dennoch eine Unterdeckung. Außerdem seien 106 von 426 Kommunen in Hessen, etwa ¼ - ein kleiner Trost. Solange uns aus dem kommunalen Finanzausgleich Jahr für Jahr weniger Mittel zufließen, obwohl doch die Steuerkassen klingeln und die gesamte BRD 2012 erstmals kein Defizit in den öffentlichen Haushalten erwirtschaftet haben soll, wird sich an dieser Situation nichts ändern. An ungefähr 20 Positionen des Haushalts haben sich letztendlich Änderungen ergeben. Insgesamt kam es dazu, dass der Produkthaushalt einstimmig verabschiedet wurde. Die SPD-Fraktion wird dem Haushalt zustimmen und ihn mittragen.

Herr **Harpf** von der Fraktionsgemeinschaft „Bündnis 90/Die Grünen/FDP/Bürgerliste Waldems“ erklärte, dass seine beiden Vorredner bereits die Situation sehr eindrucksvoll beschrieben hätten. Erstmals sei kein eigener Antrag der Fraktionsgemeinschaft „Bündnis 90/Die Grünen/FDP/Bürgerliste Waldems“ zur Umsetzung eines politischen Zieles eingebracht worden; da es keinen Spielraum geben würde. Es gäbe eine Reihe von erstrebenswerten Maßnahmen, die die Fraktionsgemeinschaft gerne auf den Weg bringen würde. Aufgrund fehlender finanzieller Mittel gäbe es jedoch wenig Gestaltungsmöglichkeiten. Den oder die Schuldigen, die diese Entwicklung zu verantworten haben, müssen wir nicht bei uns suchen, denn sie sitzen woanders, im Bund und im Land. Aus purem Eigeninteresse heraus würden sie den Kommunen immer neue Aufgaben übertragen und Verpflichtungen auferlegen, ohne jedoch gleichzeitig für einen finanziellen Ausgleich zu sorgen. Erst jetzt hat man für die am höchsten verschuldeten Kommunen des Landes einen Rettungsschirm aufgespannt für den hohen Preis der absoluten Handlungsunfähigkeit dieser Kommunen. Waldems – das wurde schon erwähnt – musste nicht unter den Rettungsschirm schlüpfen. Dennoch ist der Gestaltungsspielraum sehr gering. Auch die Erhöhung von Steuern würde zu keinem ausgeglichenen Haushalt führen können. Die Einführung einer Pferdesteuer lehne die Fraktionsgemeinschaft ab, man halte sie für ungeeignet und kontraproduktiv, aber über die Einführung einer Zweitwohnungssteuer lohne es sich nachzudenken, da sie ein Stück mehr Gerechtigkeit bringe, da die Zweitwohnungsinhaber bisher nicht angemessen an den Kosten der Wasser- und Abwasserversorgung beteiligt seien. Mit der von der Fraktionsgemeinschaft schon seit Jahren geforderten und nun erfolgten Streichung des Kindergartentransportes der Kindergartenkinder aus Reichenbach und Wüstems seien nun die letzten substantiellen Einsparungen ausgeschöpft worden. Daher wird die Fraktionsgemeinschaft auch dem Produkthaushalt, der Haushaltssatzung, dem Stellenplan und dem Haushaltssicherungskonzept mit den vom HFA beschlossenen Änderungen zustimmen.

Herr **Schwenk** erläuterte für die FWG-Fraktion, dass es auch in diesem Jahr wieder ein Defizit im Haushalt geben werde. Seine Fraktion sei der Meinung, dass eine Gemeinde lediglich die Aufgabe habe, die Infrastruktur für ihre Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung zu stellen und dies müsste aus dem laufenden Geschäft heraus finanziert werden und könne nicht auf Dauer kreditfinanziert werden. Nach der mittelfristigen Finanzplanung, die Bestandteil des Haushalts ist, könnte es gelingen, dass ab dem Jahr 2016 erstmals keine neuen Schulden aufgenommen werden müssten, sondern wir es tatsächlich schaffen würden, Schulden abzubauen. Für die FWG-Fraktion sei es wichtig gewesen, im Haushaltssicherungskonzept über strukturelle Verbesserungen zu diskutieren, die zukünftig wirksam werden könnten. Die Klage über mangelnde Finanzausstattung der Gemeinde sei natürlich zutreffend. Dennoch müsse man aktiv über eventuell mögliche Einnahmenverbesserungen und Ausgabenreduzierungen nachdenken und entsprechende erste Schritte auch tun. Nur so könne man der Spirale

entkommen, neue Kredite für die laufenden Zinsen und Tilgungen aufzunehmen. Deshalb hatte die FWG-Fraktion erneut das Thema „Straßenunterhaltung“ im Zusammenhang mit dem Haushaltssicherungskonzept eingebracht. Und nun würde auf Antrag seiner Fraktion im Haushaltssicherungskonzept stehen: Die Gemeinde prüft das neue KAG auf nachhaltige finanzielle Entlastungsmöglichkeiten für den Ergebnishaushalt, z. B. bei der Erhebung von Straßenbeiträgen. Die Stellenbesetzungssperre im Stellenplan sei angebracht. Man sei der Meinung, dass dies ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung ist. Die Streichung der freiwilligen Leistungen (71.000,00 Euro) würde das Ergebnis kaum verändern, wir hätten jedoch massive Auswirkungen auf unser soziales Zusammenleben in der ländlich strukturierten Gemeinde. Seine Fraktion werde dem Produktplan mehrheitlich zustimmen, dem Haushaltssicherungskonzept jedoch nicht, weil zu wenige Ansätze für ein nachhaltiges Gegensteuern fehlen lässt.

**Frau Kristandt** von Fraktionsgemeinschaft „Bündnis 90/Die Grünen/FDP/Bürgerliste Waldems“ verwies darauf, dass Herr Harpf bereits die wesentlichen Punkte vorgetragen habe. Sie möchte nur auf einige für „Bündnis 90/Die Grünen“ wichtigen Dinge eingehen, die man 2013 voranbringen wolle. Als erstes sei dies die Umsetzung der Maßnahmen zur Gewässerrenaturierung des Landes Hessen. Diese Maßnahmen müssten von der Gemeinde umgesetzt werden und man sei sehr erstaunt gewesen, dass dies in 2012 nicht erfolgt ist, jedoch sehr erfreut, dass diese Maßnahmen bereits angedacht sind und in 2013 nachgeholt werden kann. Das Land Hessen bezuschusst die Gewässerrenaturierung mit 85 %. Als zweites ist es die Einführung einer Zweitwohnungssteuer. Dies sollte in 2013 in Angriff genommen werden, um die Kosten der Infrastruktur, z. B. beim Wasser, auf alle Einwohnerinnen und Einwohner in der Gemeinde gleichmäßig zu verteilen. Immer wichtiger werde auch die Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden, um hier Kosten und auch Ressourcen zu sparen. Sie lobte ausdrücklich das Engagement der Parlamentarier im Arbeitskreis „Energie“. Sie wies darauf, dass es notwendig sei, eine Vereinsförderrichtlinie zu schaffen, die alle Vereine gleichstelle.

**Herr Volkmar** von der FWG-Fraktion betonte, dass haushalten bedeute, mit Mitteln sparsam umzugehen, Investitionen nach Dringlichkeit zu steuern und möglichst am Ende des Jahres einen Überschuss zu erwirtschaften. Die jährlichen Einnahmen jedoch würden in Waldems nicht ausreichen, um die jährlichen Kosten zu decken. Alle Investitionen müsse man kreditfinanzieren. Die Kosten aller Kostenstellen müssten auf den Prüfstand. Desweiteren sprach er das hohe Defizit im Kindergartenbereich an. In der aktuellen Haushaltsvorlage würde er zwar erste Verbesserungen erkennen, jedoch keine Paradigmenwechsel. Dem Haushalt würde er nicht zustimmen.

Seitens des Herrn **Stefan Moog** wurde der Antrag gestellt, unter Produkt 02.02.01 einen Betrag von 3.000,00 Euro für die Anschaffung einer Geschwindigkeitstafel im Ot. Esch in der Eschtalstraße einzustellen. Er begründete seinen Antrag mit den beiden in der Eschtalstraße befindlichen Bushaltestellen und die Sicherheit der Schüler in diesem Bereich. Seitens des Ortsbeirates Esch habe man sich bereits mehrmals mit dieser Maßnahme befasst und sich auch in 2013 einstimmig für die Anschaffung einer Geschwindigkeitsanzeigtabelle in diesem Bereich – verbunden mit dem Wunsch nach einer Tempo-30er-Zone - ausgesprochen.

Des Weiteren stellte er den Antrag, unter Produkt 06.02.01 einen Betrag von 1.500,00 Euro für die Materialkosten eines Vordaches am Jugendraum Esch zur Verfügung zu stellen. Der Ortsbeirat Esch unterstütze die geplanten Aktivitäten der Jugendlichen und bittet um Zustimmung.

Bürgermeister **Scherf** erläuterte, dass der Gemeindevorstand davon ausgehe, dass im Rahmen der Abstimmung wieder eine Stellenbesetzungssperre erfolge. In der Dezember-Sitzung sei die Stellenbesetzungssperre für eine Stelle im Bauhof aufgehoben worden. Der Gemeindevorstand bittet das Parlament durch Änderungsantrag, für diese Stelle seine bereits im Dezember getroffene Entscheidung zu bestätigen, um hier entsprechend agieren und die Stelle besetzen zu können. Die Stellenbesetzungssperre des Stellenplans 2013 solle somit nicht für die besagte Bauhof-Stelle gelten.

Herr **Nickel** von der CDU-Fraktion erläuterte, dass seine Fraktion sowohl der Geschwindigkeitstafel in der Eschtalstraße als auch den Materialkosten des Vordaches am JUZ im Ortsteil Esch nicht zustimmen werde. Bezüglich der Eschtalstraße favorisiere man eine fest installierte Blitzeranlage im Betreibermodell. Bezüglich des Vordaches am JUZ habe man rechtliche Bedenken, sodass man nicht zustimmen könne. Der Gemeindevorstand habe bereits aus diesem Grund diesem Ansinnen nicht folgen können. Man sehe hier keine Möglichkeit, sich über rechtliche Rahmenbedingungen im Außenbezirk hinwegzusetzen.

Herr **Schwenk** von der FWG-Fraktion erklärte, dass seine Fraktion sowohl der Geschwindigkeitstafel als auch dem Vordach des JUZ zustimmen werde. Der Aufhebung der Stellenbesetzungssperre bitte er nicht zuzustimmen. Die FWG-Fraktion habe hier noch einen Antrag eingebracht. Den wolle man erst behandeln und jetzt noch nicht diese Stelle wieder besetzen. Sollte es trotzdem zu einer Abstimmung für die Aufhebung der Stellenbesetzungssperre kommen, so werde die FWG-Fraktion auch gegen den Stellenplan insgesamt stimmen.

Herr Moog bemerkte, dass ihm bisher keine rechtlichen Bedenken bekannt seien.

Herr **Harpf** von der Fraktionsgemeinschaft „Bündnis 90/Die Grünen/FDP/Bürgerliste Waldems“ erläuterte, dass man den beiden Anträgen des Herrn Moog auch nicht zustimmen könne. Der weitergehende Antrag sei der Antrag der CDU-Fraktion, eine fest installierte Blitzeranlage hier anzubringen. Dies würde wesentlich mehr Sinn machen und sollte erstmal geprüft werden. Zum Vordach verwies er auf die Ausführungen des Herrn Nickel von der CDU-Fraktion und auf die Haushaltssituation. Zusätzlich brachte er einen Ergänzungsantrag ein und zwar zum Haushaltssicherungskonzept, Weitere Abgaben und Steuern: ... mit Priorität der Einführung einer Zweiwohnungssteuer.

Herr **Nägele** erklärte, dass man nun in die Abstimmungen eintreten werde. Zur Abstimmung stehen grundsätzlich jeweils die Fassungen nach der Beratung durch die beiden Ausschüsse. Entsprechende Änderungsanträge werden wie immer zuvor abgestimmt. Abgestimmt wird in der Reihenfolge PRODUKTPLAN, STELLENPLAN, HAUSHALTSSATZUNG, HAUSHALTSSICHERUNGSKONZEPT, wobei die hier formulierten Änderungsanträge jeweils zuvor abgestimmt werden.

#### **ABSTIMMUNGEN:**

**Zum Produktplan liegen zwei Änderungsanträge vor – beide von Gemeindevertreter Stefan Moog.**

#### **Antrag des Herrn Stefan Moog:**

**Die Gemeindevertretung Waldems möge beschließen, dass im doppischen Haushalt 2013 der Gemeinde Waldems unter Produkt 02.02.01 3.000,00 Euro für**

die Anschaffung einer Geschwindigkeitsanzeigetafel im Ot. Esch, Eschtalstraße eingestellt werden.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: 11 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen, somit angenommen.

Antrag des Herrn Stefan Moog:

Die Gemeindevertretung Waldems möge beschließen, dass im doppischen Haushalt 2013 der Gemeinde Waldems unter Produkt 06.02.01 1.500,00 Euro für die Anschaffung des Baumaterials zur Herstellung eines Vordaches am Jugendraum Esch im Rahmen der ohne Baugenehmigung erlaubten Größe im Außenbereich eingestellt werden.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: 11 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen, somit angenommen.

PRODUKTPLAN in seiner Gesamtheit in der Fassung nach der Beratung in den Ausschüssen zuzüglich der beiden soeben positiv angenommenen Änderungsanträge:

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: 20 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung, somit angenommen.

STELLENPLAN (Gesamt):

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: 16 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung, 4 Nein-Stimmen, somit angenommen.

STELLENPLAN (Aufhebung der von den Ausschüssen beschlossenen Stellenbesetzungssperre für die Bauhof-Stelle):

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: 17 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, somit angenommen.

Stellenwiederbesetzungssperre (gilt für alle Stellen außer der Bauhofstelle und der Auszubildendenstelle):

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: 17 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, somit angenommen.

HAUSHALTSSATZUNG:

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: 17 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen, 1 Nein-Stimme, somit angenommen.

HAUSHALTSSICHERUNGSKONZEPT:

Zur Abstimmung steht das Haushaltssicherungskonzept in der vom HFA vorgeschlagenen Form.

Zuvor wird über einen Änderungsantrag durch Herrn Harpf von der Fraktionsgemeinschaft „Bündnis 90/Die Grünen/FDP/Bürgerliste Waldems“ abgestimmt.

Er lautet „Unter Weitere Abgaben und Steuern wird der Satz folgendermaßen ergänzt“: Die Gemeinde prüft die Einführung weiterer Abgaben und Steuern mit Priorität auf die Einführung einer Zweitwohnungssteuer.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: 10 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen, 8 Nein-Stimmen, somit angenommen.

Sodann kam das Haushaltssicherungskonzept wie vom HFA vorgeschlagen mit der vorgenannten Ergänzung zur Abstimmung.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: 10 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen, 9 Nein-Stimmen

**Somit angenommen. Der UBPA-Vorschlag kam somit nicht mehr zur Abstimmung.**

- Punkt 5** Betr.: Festsetzung eines angemessenen Preises für Brennholz für Waldemser Bürger in Form von als am Weg gelagertem Langholz/Industrieholz und im Schlag verbleibendem restlichen Kronenholz geringerer Stärke
- Antrag der FWG-Fraktion vom 14.01.2013

Herr Schwenk erläuterte den Antrag seiner Fraktion. Der Antrag liegt allen Parlamentariern einschließlich Begründung schriftlich vor.

**Der Antrag wird in die Ausschüsse (HFA und UBPA) verwiesen.**

**ABSTIMMUNG: einstimmig**

- Punkt 6** Betr.: Fest installierte Blitzer im Betreibermodell
- Antrag der CDU-Fraktion vom 27.01.2013

Herr Nickel begründete den Antrag seiner Fraktion. Ziel dieses Antrages sei die Verkehrssicherheit zu erhöhen und das Defizit in diesem Bereich zu reduzieren. Der Antrag liegt allen Parlamentariern einschließlich Begründung schriftlich vor.

**Der Antrag wird in die Ausschüsse (HFA und UBPA) verwiesen.**

**ABSTIMMUNG: einstimmig**

Herr Nägele weist ergänzend zu Punkt 5 und 6 auf das Protokoll der letzten Ältestenratssitzung hin. Unter gewissen, dort aufgeführten Voraussetzungen wird der Vorsitzende der GVE Anträge künftig nach § 21 Abs. 5 GO direkt in die Ausschüsse verweisen.

Die Tagesordnung der 13. Sitzung war damit erledigt.

Der Vorsitzende Herr Nägele schloss die Sitzung um 21.30 Uhr.



Raoul Nägele  
Vorsitzender



Brigitte Hörning  
Schriftführerin